

Pressemitteilung 9/2016

Halle (Saale), den 29. Februar 2016

Nur Investitionen in helle Köpfe machen Sachsen-Anhalt zukunftsfähig

Die Bevölkerungsentwicklung ist in Sachsen-Anhalt nach wie vor ungünstig, die Arbeitslosenquote liegt über dem ostdeutschen Durchschnitt, und das Wirtschaftswachstum ist äußerst schwach. Die neue Landesregierung sollte dieser Dynamik entgegenwirken und Sachsen-Anhalt attraktiver für hochqualifizierte Zuwanderer machen. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erklärt, warum die Bildungspolitik der Schlüssel dafür ist, das Land zukunftsfähig zu machen.

„Vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik sollte es sein, Sachsen-Anhalt als Wohn- und Arbeitsort attraktiver zu machen“, erklärt Prof. Dr. Oliver Holtemöller, Vizepräsident des IWH, „denn ohne Zuwanderung wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren dramatisch abnehmen.“ Das bedeutet zum Beispiel auch, dass der öffentliche Schuldenstand je Einwohner selbst bei einem ausgeglichenen Haushalt weiter steigen würde. Das wird den finanziellen Handlungsspielraum des Landes in Zukunft weiter verkleinern, und zwar erst recht, wenn das Zinsniveau irgendwann wieder steigt. „Es ist zu befürchten, dass dann zuerst in Bereichen gespart wird, in denen es keine gesetzlichen Ausgabenfestlegungen gibt, also zum Beispiel bei der Chancengleichheit im Bildungsbereich und bei der Integration von ausländischen Mitbürgern. Aus diesem negativen Kreislauf auszubrechen, muss eine der vordringlichsten Aufgaben der nächsten Landesregierung sein“, so Holtemöller.

Das Hauptthema in den Medien ist zurzeit die Flüchtlingskrise. Im Jahr 2015 sind über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Darüber hinaus gibt es weiterhin Zuwanderung aus ost- und südeuropäischen EU-Ländern nach Deutschland. Bei monatsgenauer Rechnung und unter Berücksichtigung von Fortzügen ergibt sich für das Jahr 2015 eine Nettozuwanderung von 900 000 Personen nach Deutschland. Ohne diese Zuwanderung würde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sinken.

Die Zuwanderung fällt jedoch keineswegs regional gleichmäßig aus, sondern verstärkt die ohnehin bestehenden regionalen Disparitäten. Der prozentuale Bevölkerungszuwachs war – nach Schätzungen des IWH, amtliche Daten für das gesamte Jahr liegen noch nicht vor – in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg und Hessen am höchsten. In den ostdeutschen Flächenländern war der prozentuale

Sperrfrist
29. Februar 2016, 13:30 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Orphal
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Ministerium für Wissenschaft und
Wirtschaft des Landes Sachsen-
Anhalt, Staatskanzlei des Landes
Sachsen-Anhalt

Wissenschaftliche Schlagwörter
Wirtschaftswachstum, Demographie,
Bildung, Zuwanderung

Aktueller Bezug
Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Zuwachs hingegen am geringsten. Mit Ausnahme von Thüringen wäre die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern ohne Flüchtlingsmigration weiter gesunken. Dies liegt zum einen an der natürlichen Bevölkerungsdynamik. In einigen ostdeutschen Bundesländern kommt allerdings hinzu, dass Menschen per saldo in andere Bundesländer abwandern. Im Jahr 2014 – neuere Daten liegen noch nicht vor – sind über 5 000 Menschen mehr aus Sachsen-Anhalt in andere Bundesländer fortgezogen, als aus anderen Bundesländern zugezogen sind.

Die Standortnachteile Sachsen-Anhalts gegenüber anderen Bundesländern bestehen also fort. So ist hier nicht nur die Bevölkerungsentwicklung besonders ungünstig, sondern auch die Arbeitslosenquote höher als im ostdeutschen Durchschnitt, nämlich um gut einen Prozentpunkt. Die Kombination aus schrumpfender Bevölkerung und überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote ist eine Ursache für das bei Weitem unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in Sachsen-Anhalt. Zwischen 2010 und 2014 ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt insgesamt um 0,4% gestiegen, in den ostdeutschen Flächenländern waren es knapp 4% und in den Alten Bundesländern gar etwa 6%.

[In helle Köpfe investieren](#)

Das IWH hat in vielen Zusammenhängen die Bedeutung der Bildungspolitik als die größte Chance Sachsen-Anhalts betont. Bildungspolitik ist aus zwei Gründen zentral für den langfristigen Erfolg des Landes. Erstens kann sie die Ursachen für Niedriglöhne, vor allem zu geringe Qualifikation, an der Wurzel bekämpfen. Sachsen-Anhalt weist z. B. mit die höchste Schulabbrecherquote im bundesdeutschen Vergleich auf, dieses Problem muss angegangen und Bildungspotenziale, die angesichts der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung dringend erforderlich wären, müssen gehoben werden. Die existierende Chancenungleichheit darf nicht weiter perpetuiert werden. Zweitens sollte es eines der wichtigsten Ziele sein, so genannte High-Potentials nach Sachsen-Anhalt zu holen, die die Arbeitsplätze von morgen gestalten. „Sachsen-Anhalt hat weiterhin nicht zu viel, sondern zu wenig Zuwanderung! Die gegenwärtige Flüchtlingsmigration ändert diesen Befund nicht“, stellt Holtemöller fest: „Der Königsweg wäre es, die Grundfinanzierung der Hochschulen und anderer Forschungseinrichtungen deutlich zu erhöhen, um im internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und besten Studierenden mithalten zu können. Das kann nur geschehen, wenn die neue Landesregierung entsprechende Prioritäten setzt, denn nur Investitionen in helle Köpfe können Sachsen-Anhalt zukunftsfähig machen.“

[Wissenschaftlicher Ansprechpartner](#)

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

[Pressekontakt](#)

Stefanie Orphal
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste

Die IWH-Expertenliste bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.